

Bundesrat auf Konfrontationskurs mit Kantonen

Frühfranzösisch-Pflicht Der Streit um das Unterrichten einer zweiten Landessprache in der Primarschule spitzt sich zu. Die Landesregierung will Frühfranzösisch falls nötig durchsetzen.

Sabrina Bundi und **Zoë Egli**

Der Bundesrat baut in der Fremdsprachen-Frage eine Drohkulisse auf: Sollten die Kantone den interkantonalen Sprachenkompromiss brechen und beispielsweise Frühfranzösisch aus dem Primarunterricht streichen, will ihnen der Bund den Unterricht der Landessprache verordnen.

Der Bundesrat hat beim Innendepartement eine entsprechende Vernehmlassungsvorlage bestellt. Ein Austritt aus dem Harmos-Konkordat «gefährde die harmonisierte Schulbildung und den nationalen Zusammenhalt», schreibt die Landesregierung dazu in einer Mitteilung. Die Mehrsprachigkeit sei ein Wesensmerkmal der Schweiz. Es sei «eine gemeinsame Aufgabe von Bund und Kantonen, für die Erhaltung und Förderung der Landessprachen einzutreten».

Zwei Varianten für Vorgabe

Mit dieser Mitteilung macht Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider ihre Warnung wahr, den Kantonen in der Fremdsprachen-Frage einen gesetzlichen Riegel vorzuschieben. Bereits kurz nachdem der Zürcher Kantonsrat Anfang September beschlossen hatte, Frühfranzösisch von der Primarschule in die Oberstufe verschieben zu wollen, sagte die Innenministerin im Interview mit dieser Redaktion: «Wenn die Kantone es nicht hinbekommen, die Sprachen-Frage zu regeln, wird der Bund handeln müssen.» Der Entscheid des Zürcher Kantonsrats sei ein Affront gegenüber der Romandie. Und er zielen «auf eine Entwertung der Landessprachen und unserer Kultur ab».

Der Bundesrat lässt zwei Varianten für eine Vorgabe an die



Die Abschaffung oder Verschiebung von Frühfranzösisch beschäftigt zurzeit eine Mehrheit der Deutschschweizer Kantone. Foto: Keystone

Kantone ausarbeiten, wie er gestern mitteilte. Die eine ist die Festschreibung der geltenden Konkordatslösung im Sprachengesetz. Dort stünde neu, dass in den Primarschulen zwei Fremdsprachen unterrichtet werden – eine zweite Landessprache und Englisch.

Die zweite Variante sieht eine Minimalvorgabe vor, die den für das Bildungswesen zuständigen Kantonen mehr Spielraum lässt.

Demnach soll eine zweite Landessprache ab der Primarschule und bis zum Ende der Sekundarstufe I unterrichtet werden müssen, also bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit.

«Starker Eingriff in die Kantonsautonomie»

Für die Zürcher Mitte-Kantonsrätin Kathrin Wydler kann von «Spielraum» allerdings nicht die Rede sein. Sie hat mit ei-

ner Motion den Zürcher Parlamentsentscheid ausgelöst. Und ihrer Ansicht nach greift der Bundesrat mit dieser Verordnung zu stark in die Autonomie der Kantone ein: «Anstatt die Probleme mit den Frühfremdsprachen gemeinsam zu diskutieren und eine gute Lösung zu finden, verordnet er von oben. Das ist schade und trägt sicher nicht zum Zusammenhalt der Schweiz bei.»

Bis es – falls überhaupt – im Kanton Zürich tatsächlich zu einer Verschiebung des Französischunterrichts kommt, wird es noch dauern. Der Zürcher Regierungsrat hat zwei Jahre Zeit, um eine gesetzliche Vorlage zu erarbeiten. «Das ist der Auftrag des Kantonsrats», so die Zürcher Bildungsdirektorin Silvia Steiner. «Falls der Bund reguliert, ist die Vorlage allerdings nicht erfüllbar.» Steiner

lehnte in der Ratsdebatte die Mitte-Forderung ab. Den Französischunterricht zu verschieben, sei «ein Spiel mit dem Feuer». Diese Massnahme würde zu hohen Folgekosten führen, für neue Lehrmittel, für die Ausbildung der Lehrpersonen und für die Überarbeitung der Lehrpläne.

«Es ist eine Aufgabe von Bund und Kantonen, für die Erhaltung und Förderung der Landessprachen einzutreten.»

Bundesrat
Medienmitteilung

Insgesamt sind derzeit in zwölf der neunzehn Deutschschweizer Kantone parlamentarische Vorstösse pendent oder bereits entschieden, die sich mit der Abschaffung oder Verschiebung von Frühfranzösisch beschäftigen.

Der Kanton Appenzell Ausserrhoden hat bereits diesen Frühling beschlossen, Frühfranzösisch auf Primarstufe abzuschaffen. Das St. Galler Kantonsparlament kündigte kurz nach Zürich die Verschiebung von Frühfranzösisch in die Oberstufe an. Und der Kanton Aargau möchte, dass Schülerinnen und Schüler nur noch dann Französisch lernen sollen, wenn sie Deutsch gut genug beherrschen. Noch hängig sind entsprechende Motionen in den Kantonen Thurgau, Bern, den beiden Basel, Luzern, Nidwalden, Schwyz und Zug.